

HEIDELBERGER Nachrichten

Bauausschuß hält Nase an Entwässerungssystem

Übersprungene Hürde

Wenn nicht alles täuscht, wird Heidelberg ab 1. Januar 1975 etwa über 130 000 Einwohner und zusätzlich 35 öffentlich Bediensteter sowie etwa zehn weitere Arbeiter im öffentlichen Dienst und sonstiges Personal wie Reinemachefrauen-zählen. Heidelberg wird dann - freiwillig vereinbart - einen neuen Stadtteil Ziegelhausen sein „elgen nennen dürfen“, vorausgesetzt, die Gemeinderatsgremien der beiden Gemeinden Ziegelhausen und Heidelberg sagen „Ja“ zur Fusion.

Eines ist klar: der Gemeinderat Ziegelhausens hat es nicht leicht, sich zu entscheiden. Er wird an die Voten seiner Bürger denken müssen. Er wird aber auch den Umstand mit zu berücksichtigen haben, daß eine freiwillige Eingemeindung einer fast hundertprozentig in Aussicht stehenden, qua Gesetz verordneten, Eingliederung nach Heidelberg eigentlich vorzuziehen ist.

Die Gesprächsbereitschaft der Delegation aus Ziegelhausen - die Gesprächsbereitschaft der Verwaltung und der Gemeinderatsfraktionsvorsitzenden - muß begrüßt und gebührend gelobt werden. Hier wurde endlich die Hürde übersprungen, die eigentlich schon längst hätte übersprungen werden müssen. Hier wird ein Beispiel gegeben, daß im Gespräch der Nachbargemeinden untereinander tatsächlich das Verbindende gefunden werden kann. Dieter Haas

Ermittlungsverfahren wegen § 218 gegen Heidelberger Ärzte

Gegen die sechs Heidelberger Ärzte, die sich selbst eines Verstoßes gegen den Paragraphen 218 bezichtigten - siehe RNZ gestrige Ausgabe - hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dazu ist sie, wie Erster Staatsanwalt Wechsung auf Anfrage mitteilte, nach dem Legalitätsprinzip, unabhängig von zu erwartenden Reformen, verpflichtet. Da die Ärzte, sie gehörten im Wintersemester alle der Fachgruppe Psychiatrie/Psychosomatik der Medizinischen Fakultät an, bisher nur eine pauschale Erklärung abgaben, wird alles davon abhängen, ob und wie sie sich zu dem Vorwurf äußern. Staatsanwalt Wechsung wies darauf hin, daß vor einigen Jahren in Heidelberg Verfahren gegen Frauen, die in der Illustrierten „Stern“ erklärt hatten, sie hätten abgetrieben, eingestellt wurden, beziehungsweise daß es zu keiner Strafverfolgung gekommen sei. Denn entweder seien die Delikte verjährt gewesen, oder die Frauen hätten nähere Angaben verweigert.

Das Heim unter dem Dach läßt sich mit passenden Tapeten wohlich gestalten.



Tapeten - Bodenbeläge
HD - Karl-Ludwig-Straße 4 - Tel. 371 41

Japanerin sucht Briefkontakt

Mit Deutschen will eine junge Japanerin per Brief Freundschaft schließen. Das junge Mädchen aus dem Land der aufgehenden Sonne ist neunzehn Jahre alt, und studiert an der Kyoto-Universität Fremdsprachen. Sie besucht zwar zur Zeit einen Deutschkurs, es wäre aber trotzdem vorteilhaft, wenn der Briefpartner oder die Briefpartnerin Englisch sprechen würden. Hier die Adresse: Samoko Kimura, c/o Yoshio Ibaragi 8. Okanamoto-cho, Hanazono Ukyo-ku, Kyoto Japan.

Stehplatzkarten für Moustaki-Konzert umtauschen

Wie bereits berichtet, wird aufgrund der großen Nachfrage nach Karten für das Konzert von Georges Moustaki am Sonntag, 14. März, noch am selben Abend eine zweite Vorstellung um 22.15 Uhr stattfinden. Von seiten der Stadthallenverwaltung wurde mitgeteilt, daß die Stehplatzkarten für das erste Konzert nicht gültig sind, sondern für das zweite Konzert umgetauscht werden müssen. Der Vorverkauf für die 22.15-Uhr-Vorstellung hat bereits begonnen.

Dixieland-Session im Jazzclub

Im Jazzclub Heidelberg, Hauptstraße 232, findet heute die dritte Dixieland- und Swing-Jam Session statt. Fest engagiert wurde ein Quartett mit Fritz Neidlinger (Klarinette und Saxophon), Jürgen Mattern (Piano), Erich Kranz (Baß) und Eugen Fallmann (Schlagzeug). Alle Musiker, die die Stilrichtungen Dixie und Swing praktizieren, sind zum „Einsteigen“ eingeladen.

Mofa-Fahrer gegen Auto

Mit einer Kopfverletzung mußte am Montagabend ein 43jähriger Mofa-Fahrer in die Klinik eingeliefert werden, weil er nicht genügend auf den Fahrbahnverlauf geachtet hatte. Dadurch stieß er gegen einen abgestellten Pkw und kam mit seinem Gefährt zu Fall.

Tageskalender

Stadt, Bühne: „Der Troubadour“, Oper von G. Verdi, geschl. Vorstellung, Volksbühne V (20-22.30 Uhr).
Zimmertheater: „Sonny-Boys“, Komödie von Neil Simon, fr. Verkauf, (20-22.15 Uhr).
Hermann-Maas-Haus. Barockkonzert (20 Uhr).
Jazz-Club Heidelberg. „Jam Session“ Dixie und Swing, im Keller des Haus Buhl, Hauptstr. 232 (20.30 Uhr).
Nationaltheater Mannheim - Großes Haus: „Das Land des Lächelns“ Operette von Franz Lehár. Miets M rot u. fr. Verkauf (19.30-22.15 Uhr) - Kleines Haus: „Ein Mittsommerstraum“, von William Shakespeare, Miets M blau I u. fr. Verkauf. (19.30-22.30 Uhr).
Filme: Fauler Pelz: „Der Frosch“ (15.30, 18, 20.30 Uhr) / Gloria: „Konferenz der Tiere“ (14, 16, 18, 20, 22 Uhr) - „Die große Masche“ (16, 18, 20 Uhr) - „Ewig junger Valentin“ (22 Uhr) / Harmonie: „Sie nannten ihn Plautfuß“ (13.10, 16, 18.30, 20.45 Uhr) / Die Kamera: „Mit meinen Augen“ (13.30 Uhr) - „4 Clowns“ (15.30, 17.30, 19.30, 21.30 Uhr) / Kammer: „Der große Blonde mit dem schwarzen Schuh“ (14, 16.10, 18.20, 20.30 Uhr) / Lux: „Starker Verkehr“ (13, 15.30, 18, 20.30 Uhr) / Rex: „Töchter der Lust“ (tägl. von 13-23 Uhr Nonstop) / Schloß: „Der blaue Bandit“ (13, 15.30, 18, 20.30 Uhr) / Studio Europa: „Malizia“ (15.30, 18.20, 20.30 Uhr) / Autokino Mannheim-Friedrichsfeld: „Gott sei den Bullen gnädig“ (20.30 Uhr).
(Ohne Gewähr)

Künftig erhebliche Investitionen erforderlich - „Lokaltermin“ in der Hauptkläranlage - „Einleiter“ werden streng überwacht

Im Zeichen erhöhter Anforderungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes wird die Stadt Heidelberg ihre Anstrengungen für eine zeitgerechte Entwässerung in den nächsten Jahren erheblich intensivieren müssen. Darauf wies gestern Erster Bürgermeister Dr. Korz vor dem Bauausschuß hin, der diesmal anstatt im Rathaus in der Hauptkläranlage im Norden von Wieblingen tagte. Das heißt: auch 1974 sind wieder erhebliche Investitionen auf dem Gebiet erforderlich, das der Normalverbraucher - von der Gebührenrechnung abgesehen - sonst kaum zur Kenntnis nimmt. Und der neue fünfjährige Finanzplan der Stadt weist für die dringend erforderliche Erweiterung der Hauptkläranlage zwischen 1975 und 1977 sowie für einen späteren Zeitraum allein Investitionssummen in Höhe von 11,5 Millionen Mark aus.

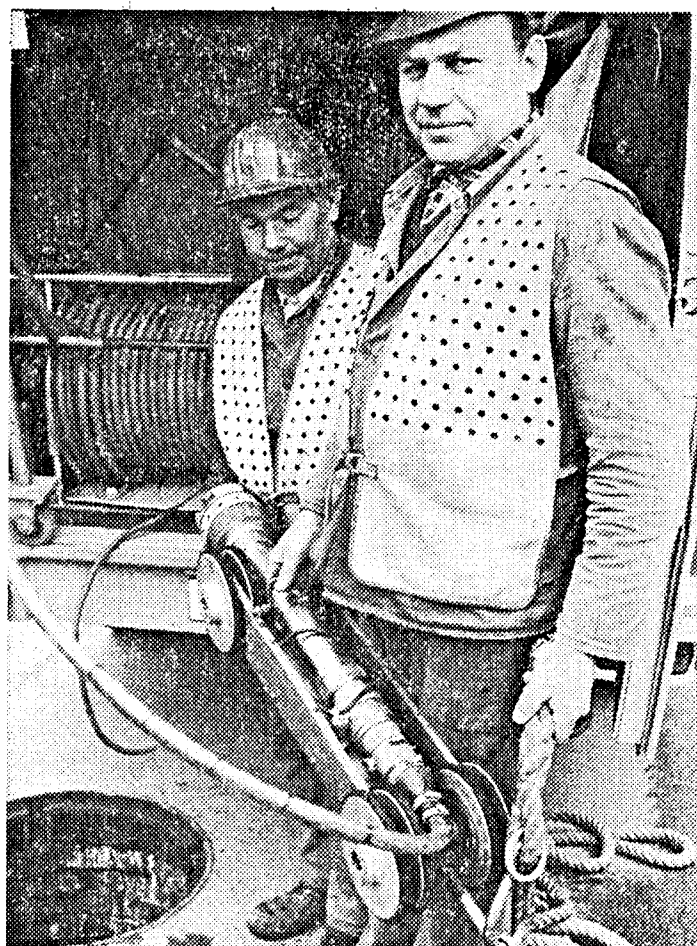
Bevor der Bauausschuß zur Tagesordnung überging, demonstrierten der Chef des Tiefbauamtes, Baudirektor Gerber und seine Mitarbeiter in der Stadtentwässerung die im Kanalbereich bereits vorhandenen Einrichtungen, die Ausdehnung des weitverzweigten Kanalnetzes und die modernen Geräte, die in den letzten Jahren mit dem Platzen des Gemeinderates angeschafft wurden. Allein der Anschaffungswert der Fahrzeuge und Geräte, die zur Demonstration aufgegeben waren, wurde von Fachleuten auf eine Dreiviertelmillion Mark beziffert, darunter Gerät zur Unterhaltung des Kanalsystems, aber auch zur Überwachung der großen „Einleiter“, die nach der neuen Abwasserfassung streng dazu angehalten werden, nur Abwasser einzuleiten, die auch offiziell zugelassen sind.

Allerdings machte Baudezernent Dr. Korz auch darauf aufmerksam, daß trotz Kanalüberwachung nicht immer sichergestellt werden kann, daß sich die großen „Einleiter“ auch daran halten. Die gelegentlichen Folgen sind dann Schwierigkeiten in der Hauptkläranlage und das Auftreten anaerober Gerüche, die mitunter vor allem den Wieblingern unliebsam in die Nase steigen.

Vor einem Trassenplan mit den gereinigten Kanalstrecken in diesem Jahr nannte es Tiefbauamtschef Gerber das Ziel, einmal im Jahr jeden Kanal in Heidelberg zu reinigen. Dies wird für dringend erforderlich gehalten und dem Vernehmen nach im wesentlichen auch lückenlos durchgeführt. Zu reinigen sind Jahr für Jahr immerhin 7000 sogenannte Kanalhaltungen zwischen Schacht und Schacht. Außerdem nehmen von Fachleuten geführte Kolonnen die Überwachung der Einleitungen vor. Denn hier können Schäden an Schächten und Kanälen entstehen. Zu hören war schließlich auch, daß zur Zeit Un-



Mitglieder des Bauausschusses schnupperten am Entwässerungssystem. Links: Demonstration am Abwasseruntersuchungsfahrzeug. Rechts: das „Kanallernaue“ wird in die Unterwelt geschickt.



Fotos: Linke

tersuchungen über den Ausbau des Heidelberger Kanalnetzes laufen.

Auf das besondere Interesse der Stadträte stieß bei der Demonstration die Ausstattung eines Abwasseruntersuchungsfahrzeugs mit einer breiten Palette von Prüfgeräten. Damit können Säurewerte, Gase, chemische Mittel und sogar radioaktive Stoffe festgestellt werden. Letzteres ist keineswegs aus der Luft gegriffen, denn es gibt in Heidelberg

immerhin 32 Institute, die mit radioaktiven Substanzen arbeiten.

Kanalreinigung nach altbewährter Methode, für größere Querschnitte mit Schablonen, die mit Hilfe von Gewinden durch den Kanal gezogen werden, und Kanalreinigung für kleinere Kanäle mit kombiniertem Hochdruckpülgerät, das die Kleinigkeit von 160 000 Mark kostet, auch das interessierte die gemeinderätlichen Geldgeber an der Ent-

wässerungsfront. Als „Start“ der Fahrzeugflotte entpuppte sich freilich das moderne „Kanallernaue“, mit dessen Hilfe Schäden im Kanalnetz auf einem Bildschirm geortet und fotografisch festgehalten werden können. Die Anschaffung dieser Einrichtung im Wert von 130 000 Mark hat sich nach Auskunft der Fachleute schon in kurzer Zeit mehr als gelohnt.

Neben weiteren Reinigungsgeräten nahmen die Ausschußmitglieder schließlich auch die im letzten Jahr in Betrieb gegangene Schlammverdickungsanlage der Hauptkläranlage unter die Lupe, ein Projekt, dessen Baukosten allein rund 1,5 Millionen Mark erreichten. Ihr fällt die Aufgabe zu, den ausgefallenen Abwasserschlämms aus den Faulbehältern weitgehend vom sogenannten Zwischenwasser zu befreien und das Gesamtvolumen des Faulschlammes um rund 50 Prozent zu verringern. Der Schlamm wird bekanntlich im benachbarten Müllkompostwerk verwertet. Übrigens: man konnte gestern schnuppern wie man wollte, Gerüche, die in Wieblingen als Belästigung empfunden werden könnten, blieben verborgen. -os

Arbeitet Staat nach Verlustprinzip?

Zollgebühren regten kritischen Heidelberger zur „Rechnungsprüfung“ an

Zollgebühren werden berechnet, verbucht, eingezogen und an die Staatskasse abgeführt - ungeachtet des Aufwandes, den die Maßnahme verursacht und ohne Rücksicht auf Verluste, wie der Heidelberger Ingenieur Dr. Dietrich Lang in einem offenen Brief an die Oberfinanzdirektion Karlsruhe ausführt. Für eine Zollgebühr von 2,80 DM entstanden, seinen Berechnungen zufolge, dem Staat an Personal- und Geschäftskosten „mindestens 50 DM“, eine Summe, die in der Masse der Verlustgeschäfte schon erheblich zu Buche schlägt. Wörtlich schreibt Dr.-Ing. Lang: Ich erhielt vor einigen Tagen die beliebigende Zoll-Abgabeberechnung, die mich recht nachdenklich machte bei der Erwägung, mit welchem kaum vorstellbarem Aufwand die beteiligten Behörden (Zoll und Post) eine Zollgebühr von 2,80 DM (bei einem Zollwert von 51,77 DM) berechnen, verbuchen, einziehen und in die Staatskasse abführen.

Nach meiner vorsichtigen Berechnung entstehen der Staatskasse bei Einziehung einer solchen Bagatelgebühren von 2,80 DM bei den heutigen Personal- und allgemeinen Geschäftskosten tatsächliche eigene Kosten von mindestens 50 DM, wahrscheinlich sogar erheblich mehr, die in der Masse dieser Verlustgeschäfte schon erheblich zu Buche schlagen. Jedes private Unternehmen würde bei solcher Arbeitsweise in Kürze in Konkurs gehen müssen. Bei staatlichen Institutionen findet man allerdings in Steuererhöhungen einen Ausgleich.

In diesem Zusammenhang dürfte vielleicht folgendes interessieren. Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes 1973 stieg die Zahl der Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden 1972 gegenüber dem Vorjahr um rund 100 000 auf 3,3 Millionen, während sich die gesamte Erwerbsbevölkerung geringfügig verringerte. Mit diesen 3,3 Millionen ist bereits jeder achte Erwerbstätige bei „Vater Staat“ tätig. Von 1969 bis 1972 stieg die Zahl des Verwaltungspersonals bei den Gebietskörperschaften sogar um 12,2 Prozent.

Der englische Satiriker Cyrill Parkinson feiert also Triumph, denn nach seinem „Parkinson'schen Gesetz“ ist die ständige personelle Ausdehnung der Verwaltungen nicht aufzuhalten. Sollte bei dem im Gange befindlichen großen Reformwerk in Staat und Gesellschaft übersehen worden sein, daß es dringend notwendig ist, solche äußerst unrentierlichen und in der Masse den Steuerzahler erheblich belastenden Verfahren abzubauen? Nicht nur dieses!

gez. Dr.-Ing. D. Lang

Dossenheim lehnte ab

„Wir haben jetzt wahr gemacht, was wir schon vor zwei Jahren angeboten haben“, meinte gestern Heidelberg OB Zundel zu der Tatsache, daß Delegierte der Gemeinde Ziegelhausen und der Stadt Heidelberg sich zusammensetzten und Gespräche über ein freiwilliges Zusammengehen der beiden Gemeinden führten. Daß Heidelberg die Verhandlungen mit Ziegelhausen führt, aber nach wie vor die im Grunde genommen ebenso „vernünftige Lösung mit Dossenheim nicht aufgegeben hat“ - so OB Zundel - steht auf einem anderen Blatt. Heidelberg sei fair gewesen und habe Dossenheim ebenfalls zu dem Gespräch im Heidelberger Rathaus am Montagabend eingeladen, erklärte der RNZ OB Zundel. In einem Brief an die Gemeinde Dossenheim habe Heidelberg deutlich gemacht, daß der Zielplanungsentwurf der Landesregierung, auch Dossenheim nach Heidelberg einzugemeinden, nach wie vor im Raume stehe; daß der Vorschlag, Dossenheim solle selbständig bleiben, ein Abänderungsvorschlag sei, dem letztlich der gesamte Landtag zustimmen müsse. Dossenheim aber habe es durch seinen Bürgermeister abgelehnt, an den angebotenen Gesprächen im Heidelberger Rathaus teilzunehmen. dh

Heidelberg und Ziegelhausen vor dem Zusammenschluß?

„Entscheidender Schritt zu abschließenden Gesprächen“

Das letzte Wort haben die Gemeinderatsgremien der beiden Nachbargemeinden - „Volle Integration“ geplant

Die Stadt Heidelberg und ihre Nachbargemeinde Ziegelhausen werden sich ab 1. Januar 1975 zusammenschließen, vorausgesetzt die Gemeinderatsgremien der beiden Gemeinden sagen „Ja“ zu Rahmenvereinbarungen zwischen Delegationen Ziegelhausens und Heidelbergs. Wörtlich wurde dazu gestern in einem Kommtiqué erklärt: „Das angekündigte Gespräch zwischen Vertretern der Gemeinde Ziegelhausen und der Stadt Heidelberg hat am Montag stattgefunden und bis in die späten Abendstunden gedauert. Die Gesprächsteilnehmer kamen dabei überein, sich in ihren Gemeinderäten dafür einzusetzen, daß beide Gemeinden ab 1. Januar 1975 zusammengehen werden. Von Ziegelhausen waren Bürgermeister Bollschweiler mit je zwei Vertretern der SPD- und CDU-Gemeinderatsfraktion und mit einem Vertreter der FWV ins Heidelberger Rathaus gekommen. Auf Heidelberg Seite nahmen Oberbürgermeister Zundel und die Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderats an diesem

wichtigen Gespräch teil. Die wesentlichen Gegenstände der übereinstimmenden Gespräche am Montagabend sind darin zu sehen, daß die Bürgerschaft von Ziegelhausen in die neue Gemeindeeinheit voll integriert werden soll und daß der Bürgerschaft von Ziegelhausen die Kontinuität jener gemeindlichen Aufgabenerfüllung garantiert wird, die sie sich bislang von ihrem Gemeinderat erhofft und die dieser sich zum Ziel gesetzt hat. Die Vertreter beider Seiten werden sich noch in dieser Woche in ihren gemeinderätlichen Gremien dafür einsetzen, daß dort die grundsätzlich erzielte Übereinstimmung gebilligt und zur Grundlage weiterer Erörterungen gemacht wird. Das heißt, daß das Gesprächsergebnis vom Montag am Donnerstag im Heidelberger Hauptausschuß des Gemeinderats beraten wird. Ziegelhausen wird ebenfalls am Donnerstag beraten, so daß am Freitag klar ist, ob das Gesprächsergebnis für weitere Detailverhandlungen akzeptiert wird.“

Zusammenschluß sagen, werde man am Donnerstag sofort mit Expertengesprächen beginnen, teilte OB Zundel mit.

Daß eine freiwillige Vereinbarung zwischen Heidelberg und Ziegelhausen vor dem 30. Juli 1974, beziehungsweise vor der dritten Lesung des Zielplanungs-Gesetzentwurfes im Landtag von Baden-Württemberg erfolgen muß, macht die Zeitnot deutlich, unter der die beiden Gemeinden stehen. Hier geht es im übrigen auch um die sogenannte „Hochzeitsprämie“, die das Land bezahlt, wenn Gemeinden sich freiwillig zusammenschließen. Im Falle Heidelberg - Ziegelhausen beträgt diese Prämie 750 000 DM.

Bürgermeister Bollschweiler allerdings machte deutlich, daß es keinesfalls um die „Hochzeitsprämie“ gehen könne, die gemessen an den Investitionskosten, insgesamt kaum zu Buche schlagen würde. Im Vordergrund stünde eben der Bürger der Gemeinde, der ein Anrecht darauf habe, daß seine Vorstellungen notwendiger Investitionen verwirklicht würden. D.H.

Noch nicht entschieden . . .

Bürgermeister Bollschweiler aus Ziegelhausen betonte gestern gegenüber der RNZ, daß seine Person und sein Amt bei der Frage der Eingliederung Ziegelhausens nach Heidelberg „die sekundäre Rolle“ spiele. Bürgermeister Bollschweiler hat bei einer Fusion seiner Gemeinde mit Heidelberg einen Rechtsanspruch auf Übernahme durch die Stadt Heidelberg. „Ich habe mich aber noch nicht entschieden, was ich tun werde, wenn der Gemeinderat von Ziegelhausen einer Fusion mit Heidelberg zustimmt“, erklärte er. Seine Entscheidung werde er in den nächsten 14 Tagen treffen.

„Garantie der Kontinuität“ In den vier Verhandlungsrunden sei ein entscheidender Schritt zu abschließenden Gesprächen getan worden, betonte gestern gegenüber der RNZ Oberbürgermeister Zundel. Wichtig sei, daß die Garantie der Kontinuität der Investitionen Ziegelhausens gegeben worden sei. Eine Selbstverständlichkeit werde auch der Abschluß eines Personalüberleitungsvertrages sein. Kein Bediensteter im Rathaus Ziegelhausen werde Geld verlieren oder einem Arbeitsplatz zugewiesen, der ihm nicht liege.

Verbehaltenlich der Zustimmung durch die Gemeinderatsgremien zu einer vollen Inte-

Expertengespräche angekündigt

OB Zundel jedenfalls wies im Gespräch mit der RNZ darauf hin, daß Heidelberg in Ziegelhausen die „bürgernahe Verwaltung“ praktizieren wolle, daß man - wie zum Beispiel jetzt im Emmertsgrund - eine Bürgerbetreuungsstelle hier mit mindestens 11 Bediensteten, einrichten werde, wenn man den Zusammenschluß in den Gemeinderatsgremien befürworte. Sollten die beiden Gemeinderatsparlamente in dieser Woche „Ja“ zum